



Eidgenössische Ausländerkommission (EKA)
Commission fédérale des étrangers (CFE)
Commissione federale degli stranieri (CFS)
Cumissiun federala dals esters (CFE)

PROGRAMM DES BUNDES ZUR FÖRDERUNG DER INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDERN

BERICHT ÜBER DIE VERGABE DER FINANZBEITRÄGE 2001

Dr. Walter Schmid, Vizepräsident EKA
Christof Meier, Sekretariat EKA, Koordinator Integrationsförderung

Sperrfrist: 9. Juli 2001, 09.00 Uhr

1. Einleitung

Die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz ist eine Aufgabe, welche die ganze Gesellschaft angeht und die verschiedenen staatlichen Ebenen betrifft. Sie kann durch staatliche Massnahmen nicht verordnet, aber gefördert werden. Der 1999 in Kraft getretene Integrationsartikel 25a des Ausländergesetzes ermöglicht es dem Bund erstmals, gestützt auf eine eigene gesetzliche Kompetenz, die Integration zu fördern. Diese neue Zuständigkeit erlaubt es dem Bund, ein eigenständiges Programm zur Integrationsförderung zu realisieren und dazu selbst finanzielle Mittel einzusetzen. Die Integrationsförderung versteht sich dabei als Ergänzung zu den Leistungen der Gemeinden, Kantone und Dritter sowie als Ergänzung zu ordentlichen Integrationsprogrammen, die, wie Massnahmen der arbeitsmarktlichen Integration oder der Berufsbildung, der ganzen Bevölkerung zugute kommen. Die Ausgestaltung des Integrationsförderungsprogramms und die Vergabe der entsprechenden Mittel ist durch die Verordnung vom 20. September 2000 geregelt (VintA). Diese sieht vor, dass die Vergabungsentscheide durch das Bundesamt für Ausländerfragen BFA resp., bei Beiträgen über 300'000 Franken, durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gefällt werden. Die Eidgenössische Ausländerkommission EKA prüft die eingehenden Gesuche und unterbreitet sie mit ihrer Stellungnahme dem Bundesamt zum Entscheid.

Das Parlament genehmigte im Dezember 2000 für das Jahr 2001 einen Kredit von 10 Millionen Franken. Es stellte damit erstmals und nach jahrelangen Diskussionen, die der neuen Gesetzesbestimmung vorausgegangen waren, Mittel zur Integrationsförderung bereit. Die Erwartungen an das neue Integrationsförderungsprogramm waren gross, und bei den Gegnern der Integrationsförderung ist ebenso gross die Skepsis. Gleichzeitig war im vergangenen Herbst die Zeit zur Umsetzung des Programms äusserst knapp bemessen. Eine Verschiebung aus administrativen Gründen kam für die EKA nicht in Frage. Auch für die Bundesbehörden war dies kein Thema. So nahm sich die EKA und ihr Sekretariat, das neu zugleich die Sektion Integration des BFA bildete, der anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgabe an und stellte sich der Herausforderung.

Der EKA kam bei der Umsetzung der Integrationsförderung eine Schlüsselrolle zu: Zum einen hatte sie auf die Konzeption des Förderungsprogrammes massgebenden Einfluss nehmen können, im weiteren gewährleistete ihr Sekretariat die Administration und Instruktion im Zusammenhang mit der Gesuchsprüfung und schliesslich hatten ihre Empfehlungen zu den einzelnen Gesuchen direkte Auswirkungen auf die praktische Umsetzung des Förderungs-

programmes. Aus diesem Grund liegt der EKA viel daran, den Bundesrat, interessierte Parlamentsangehörige, die Behörden, Kantone, Projektträger und die Öffentlichkeit unmittelbar nach Abschluss der Vergabungen für das Jahr 2001 zu informieren. Dieser Bericht zeigt, wie die EKA gearbeitet hat. Er erläutert, was für Projekte eingereicht wurden und nach welchen Kriterien diese beurteilt wurden. Er legt offen, welche finanziellen Mittel bis heute für wieviele Projekte gesprochen wurden. Und er weist darauf hin, was für die folgenden Jahre zu erwarten ist.

2. Ausschreibung mit Projektschwerpunkten

Die Verordnung des Bundesrates zum Integrationsartikel nennt aus guten Gründen verschiedenste Bereiche, in denen die zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden können. Die Vielfalt der Aufgaben ist gross. So gross, dass sich eine Fokussierung auf einige Schwerpunkte aufdrängte, wollte man sich nicht der Gefahr einer Verzettlung aussetzen und dadurch die Wirksamkeit des Programmes gefährden. Die Möglichkeit einer Prioritätenordnung ist denn auch ausdrücklich in der Verordnung vorgesehen. Diese wurde genutzt. Aufgrund des im Frühling 2000 präsentierten Integrationsberichtes und in Zusammenarbeit mit Ausländerdiensten und kantonalen Integrationsbeauftragten bereitete die EKA bereits im vergangenen Jahr ein Schwerpunktprogramm vor, das nur 10 Tage nach der Verordnung des Bundesrates durch das EJPD erlassen werden konnte, welche im Oktober 2000 in Kraft trat. Unmittelbar danach standen die Grundlagen für die erste Ausschreibung somit zur Verfügung.

Die Prioritätenordnung des EJPD wurde für drei Jahre erlassen und gilt für die Jahre 2001 bis 2003. Damit wird es möglich, Akzente zu setzen und von kurzfristigem Aktivismus Abstand zu nehmen. Der sorgfältige Aufbau von Projekten und die fachkundige Umsetzung verlangt in den meisten Fällen einen längeren Zeitraum, soll eine Wirkung erzielt werden. Die Prioritätenordnung sieht sechs Schwerpunkte vor: Erstens die Förderung von Sprach- und Integrationskursen. Sprachkenntnisse und die Fähigkeit, sich gesellschaftlich zu orientieren, sind eine der allgemein anerkannten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Zweitens die Förderung der Fort- und Weiterbildung von Schlüsselpersonen. Diesen kommt in der Integrationsarbeit eine wachsende Bedeutung zu. Sie sollen in ihren vermittelnden und auf den praktischen Alltag ausgerichteten Aufgaben gestärkt und unterstützt werden. Drittens die Unterstützung von Projekten, welche die Teilnahme von Ausländerinnen und Ausländern am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben in der Schweiz verbessern (Partizipation). Der vierte Schwerpunkt soll spezielle Aufträge und Projekte von gesamtschweizerischem Interesse ermöglichen auf nationaler Ebene. Der fünfte Schwerpunkt fördert den Auf- und Ausbau von regionalen Ausländerdiensten durch Leistungsverträge und der sechste Schwerpunkt die Erarbeitung von Qualitätsstandards und Controllinginstrumenten für die Integrationsarbeit.

Die Ausschreibung zur Mittelvergabe erfolgte am 1. November 2000 durch den Versand und die Veröffentlichung der Richtlinien zur Gesuchseingabe durch das BFA. Diese regelten nicht nur die Termine und die übrigen administrativen Abläufe, sondern zeigten bereits wichtige Grundsätze auf, die bei der Vergabe der Mittel gelten sollen. Hervorzuheben ist etwa der Grundsatz, dass mit dem neuen Programm zur Integrationsförderung nur neue oder erweiterte Aktivitäten unterstützt werden sollen. Es galt in jedem Falle zu vermeiden, dass der bescheidene Bundeskredit in der Praxis zu einer Substitution bisheriger öffentlicher Leistungen führen würde. Gleichzeitig mit den Richtlinien wurde ein detailliertes Raster für die Projektdarstellung erarbeitet. Dessen Ziel war, Trägerschaften mit wenig Erfahrung eine Orientierung über die wichtigsten Fragen zu geben, die für die Gesuchsprüfung relevant sind.

Die Unterlagen zur Gesuchseingabe wurden durch die EKA an die ihr bekannten Adressen verteilt, im Internet publiziert und anlässlich einer stark beachteten nationalen Tagung am 23. November 2000 der allgemeinen Öffentlichkeit bekannt gemacht. Angesichts der sehr grossen Anzahl von unterschiedlichsten Projekten, die eingereicht wurden, kann heute festgestellt werden, dass es gelungen ist, in der sehr kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die

Ausschreibung erfolgreich zu gestalten und in den wichtigsten Adressatenkreisen bekannt zu machen. Dies schliesst nicht aus, dass es einige Lücken gab, die wir inzwischen erkannt haben und das nächste Mal durch gezieltere Kommunikation schliessen möchten.

3. Viele und vielseitige Projektgesuche

Um sowohl eine schnelle Gesuchsprüfung sicherzustellen als auch den Projektträgern genügend Zeit für die Erarbeitung von Projekten einzuräumen, wurden zwei Eingabetermine festgelegt, der 15. Dezember 2000 sowie der 31 März 2001. Um der Kommission frühzeitig einen Gesamtüberblick über die zu erwartenden Gesuche zu verschaffen, mussten für den zweiten Termin geplante Projekteingaben bereits Mitte Januar 2001 angekündigt werden. So stand schon bald fest, dass mit über 430 eingereichten oder angemeldeten Gesuchen die Erwartungen übertroffen wurden, und dass mit insgesamt angebotenen Finanzierungsbeiträgen von über 36 Millionen Franken die EKA gezwungen sein würde, eine sehr strenge Selektion zu treffen. Dass zahlreiche auch unterstützenswürdige Projekte angesichts der nur 10 Millionen zur Verfügung stehenden Mittel unberücksichtigt bleiben würden, war unvermeidlich.

Die Projektgesuche verteilten sich etwa ausgeglichen auf die beiden Eingabetermine und wurden von den verschiedensten Trägerschaften eingereicht. Ausländerorganisationen, Hilfswerke, Gewerkschaften waren ebenso vertreten wie Gemeinden, Kantone und Vereine oder Stiftungen, die sich seit vielen Jahren in der Arbeit für und mit AusländerInnen engagieren. Auch die regionale Verteilung der Gesuchseingaben fiel für das Erste recht erfreulich aus, mit einer erwarteten Konzentration in den Ballungszentren der Deutschschweiz und gewissen eher unerwarteten Lücken in einzelnen Kantonen. Diese gilt es in den nächsten Jahren durch gezielte Information zu schliessen.

Nicht überall zufriedenstellend war die Qualität der eingereichten Projekte. Und zwar insbesondere in formaler Hinsicht. Auch formal mangelhafte Gesuche (sie kamen sowohl von professionellen als auch von ehrenamtlichen Organisationen, Gemeinden und Hilfswerke waren ebenso betroffen wie Ausländerorganisationen) wurden zur Prüfung entgegengenommen. Das Integrationsförderungsprogramm steht erst am Anfang; wir stehen am Beginn eines Prozesses, innerhalb dessen von allen Beteiligten noch gelernt werden kann. Nicht jedes formal ungenügend präsentierte Projekt musste deswegen auch materiell nicht genügen. In Zusammenarbeit mit den regionalen Ausländerdiensten wird in den nächsten Jahren die fachliche Beratung der verschiedenen Projektträger nötig sein. Die EKA geht davon aus, dass in ein bis zwei Jahren der durchschnittliche Standard stark verbessert ist und dem entspricht, der von einem grossen Teil der Gesuchseingaben bereits dieses Jahr erreicht wurde.

In ihrer inhaltlichen Ausrichtung waren die Gesuchseingaben äusserst vielseitig. Sie betrafen fast alle in der Integrationsverordnung erwähnten Förderbereiche und beschränkten sich längst nicht nur auf die Schwerpunkte der Prioritätenordnung des EJPD. Dies war auch nicht anders zu erwarten. Denn zum einen sollten die Schwerpunkte lediglich Richtlinien bilden, welche andere Projekte nicht von vornherein verunmöglichen sollten, und zum anderen motivierte die erstmalige Vergabe von Bundesmitteln zur Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern all jene zu einer Gesuchseingabe, die teilweise seit Jahren gute und wichtige Projektideen mit sich herumtrugen und nun erstmals eine Realisierungschance sahen. Und wenn die finanzielle Ausgangslage (das Verhältnis zwischen den beantragten Geldern und dem durch das Parlament gesprochenen Kredit) anders, resp. besser ausgefallen wäre, hätte die Kommission wohl einige der sehr guten und wichtigen Projekte ausserhalb der Prioritätenordnung zur Mitfinanzierung empfehlen können.

4. Von der Gesuchsprüfung bis zum Entscheid

Die auf den Beginn des Jahres 2001 neu konstituierte und durch den Bundesrat gewählte EKA beschloss an ihrer ersten Sitzung, für ihre Aufgaben im Bereich der Integrationsförderung (Empfehlungsentscheidungen an das BFA) einen Ausschuss zu bilden. Diesem gehörten neben dem Vizepräsidenten, Dr. Walter Schmid, der den Vorsitz führte, sieben Mitglieder an: Gjyle Krasniqi, Gianni Moresi, Mariano Pacheco, Anna Rüdeberg, Bernardino Sanchez Perez und Denis Torche. Der Ausschuss traf sich in leicht wechselnder Zusammensetzung zu zehn oft ganztägigen Sitzungen und konnte sich dabei zu allen Projektgesuchen eine Meinung bilden.

Der Kommissionsausschuss stützte sich dabei auf die vorbereitenden Arbeiten des Sekretariates der EKA. Dieses erstellte für jedes Projekt ein Dossier, das neben einer zusammenfassenden Darstellung auch eine inhaltliche, qualitative und finanzielle Würdigung enthielt. Massgeblich für die Beurteilung waren eigene fachliche Erwägungen zu den Gesuchen, die Berücksichtigung der sich entwickelnden Praxis, welche eine Gleichbehandlung der Gesuche sicherstellen sollte sowie externe Expertisen zu den einzelnen Gesuchen. Letztere wurden beim ersten Eingabetermin für alle Projekte und beim zweiten Eingabetermin für den grössten Teil der Projekte bei unabhängigen Fachpersonen in Auftrag gegeben. Diese hatten die Aufgabe, die einzelnen Projekte ausschliesslich aus fachlicher Sicht zu beurteilen. Es war Aufgabe des Ausschusses, die Übereinstimmung der Gesuche mit der Prioritätenordnung bzw. Faktoren wie die regionale Verteilung in die Empfehlungen mit einfließen zu lassen. Der Einbezug externer Fachleute mit klar begrenzter Aufgabe und Verantwortlichkeit hat sich nach Ansicht der Kommission bewährt. Er schützt vor Betriebsblindheit und möglicher Voreingenommenheit. Dieses Verfahren soll auch in Zukunft zur Anwendung kommen.

Der Ausschuss hat prinzipiell drei verschiedene Arten von Empfehlungen abgegeben. Ein Teil der Gesuche wurde abgelehnt bzw. zur Neueingabe in überarbeiteter Form in einem Folgejahr zurückgewiesen. Diese Gesuche wurden nicht an das BFA zur Entscheidung weitergeleitet. Das Sekretariat teilte den betroffenen Trägerschaften die ablehnende Empfehlung der EKA mit und machte sie dabei auf die Möglichkeit aufmerksam, einen formalen und rekursfähigen Entscheid des BFA zu verlangen. Ein anderer Teil der Gesuche wurde vollumfänglich genehmigt oder es wurde ihnen ein reduzierter Beitrag zugesprochen. Diese positiven Empfehlungsentscheidungen wurden durch das Sekretariat ebenso an das BFA weitergeleitet. In zahlreichen Fällen hat die EKA schliesslich ein provisorisches Kostendach gesprochen und der Trägerschaft einen Finanzbeitrag in Aussicht gestellt. Dies unter der Voraussetzung gewisser Präzisierungen offener Fragen oder einer Überarbeitung einzelner Teile des Projektes, welche aus Sicht der Kommission erforderlich waren. Die Kompetenz zur abschliessenden Ausformulierung der Empfehlung wurde in diesen Fällen dem Sekretariat übertragen. Die Dossiers zu den empfohlenen Projektgesuchen wurden in der Folge dem BFA überwiesen und dort durch den Direktor des BFA einzeln geprüft. Nach teilweise ergänzenden Erläuterungen folgte das BFA bis heute in allen Fällen den Empfehlungen der EKA.

Trotz einem enorm hohen Arbeitsdruck gelang es, die Projekte in ihrer grossen Mehrheit innerhalb der angekündigten Termine (Ende März 2001 für den ersten und Ende Mai 2001 für den zweiten Eingabetermin) zu entscheiden. Die administrative Bearbeitung der zahlreichen Gesuche, die individuelle Begründung ablehnender Empfehlungen sowie die Bereinigung offener Fragen in einer Vielzahl von Projekten führen dazu, dass die Mitteilung der Entscheidungen an die Trägerschaften jeweils eine Verzögerung von zwei bis vier Wochen erfuhr. Auf entsprechende mündliche Anfragen wurden die Projektträger jedoch jeweils umgehend über getroffene Entscheidungen orientiert. Auch die Erarbeitung der formalen Entscheide (Verfügungen) hat sich aus diesen Gründen verzögert, sie ist noch nicht abgeschlossen.

5. Grundsatzentscheide als Leitplanken

Der für die Gesuchsprüfung eingesetzte Ausschuss der EKA hatte die Aufgabe, ausgehend von einzelnen Entscheiden eine Praxis zur Umsetzung des Programmes zu entwickeln. Verordnung und Prioritätenordnung stellten die wichtigsten Leitplanken dar. Darüber hinaus brauchte es, wie sich rasch herausstellte, einige Grundsatzentscheidungen, um eine einheitliche Praxis zu entwickeln und die Gleichbehandlung gleichgelagerter Gesuche sicherzustellen. Zudem wurde rasch erkennbar, dass das Integrationsförderungsprogramm gemäss ANAG nur einen kleinen Teil der Aufgabe lösen wird. Arbeitsmarktliche Massnahmen, Berufsbildung, Erziehungswesen, Gesundheitswesen, Kulturförderung sind wichtige öffentliche Aufgaben, die ebenfalls der Integrationsförderung dienen. Eine zweckmässige Abgrenzung zu diesen weiteren Aufgabefeldern musste bei der Entwicklung des Programms von Beginn an im Auge behalten werden. Dies führte zu einer Reihe von Entscheidungen grundsätzlicher Natur, an die wir uns zumindest in diesem Jahr halten wollten. Sie waren auch nötig, um angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Mittel objektifizierbare Entscheidungskriterien zu entwickeln. Einzelne dieser Entscheidungen sollen in diesem Bericht aufgeführt werden. Sie werden vermutlich auch für die kommenden beiden Jahre noch Gültigkeit haben. Aus ihnen erklärt sich auch, aus welchen Gründen auf die Unterstützung verschiedener Vorhaben verzichtet werden musste. In manchen Fällen sind es Gründe der thematischen Zuständigkeit, in andern die finanziell nicht absehbaren Konsequenzen, die von einzelnen Entscheiden ausgehen könnten, sollte ihnen eine präjudizielle Wirkung zukommen.

- Die EKA hat den Bundesbehörden empfohlen, keine Finanzbeiträge an einzelne herkunftsspezifische Treffpunkte oder Beratungsstellen zu leisten. Es ist der EKA nicht möglich, in jeder Region und für jede ethnische Gruppe eine eigene Infrastruktur mit den entsprechenden Personalkosten zu finanzieren. Unter Integrationsgesichtspunkten erscheint dies vielfach auch nicht sinnvoll. Gefördert werden aber Projekte, die von solchen Stellen ausgehen, wenn die konkreten Aktivitäten eine integrative Wirkung entfalten. Die zur Realisierung einzelner Projekte erforderlichen Hintergrundkosten können mitfinanziert werden.
- Es wurden eine Vielzahl von Projekten eingereicht, die arbeitsmarktliche Massnahmen zum Gegenstand haben. Beschäftigungs- und Berufsbildungsprogramme fehlten ebenso wenig. Die EKA hat sie in den meisten Fällen abgelehnt, so sehr einzelne Projekte überzeugten. Arbeitsmarktliche Massnahmen und Berufsbildung müssen von den zuständigen Instanzen sichergestellt werden. Angesprochen sind insbesondere seco und BBT auf Bundesebene, aber auch die Kantone und Gemeinden. Die EKA kann hier politisch aktiv werden und auf den jeweiligen Handlungsbedarf hinweisen, nicht aber selber aktiv werden.
- Ebenfalls aus Gründen der Zuständigkeit und wegen der möglichen Kostenfolgen wurden Projektgesuche aus dem Vorschulbereich, aus dem Schulbereich und dem Bereich der Jugendarbeit abgelehnt. Die EKA empfahl aber beispielsweise Projekte zur Mitfinanzierung, in denen mit Vorschulkindern parallel zu ihren Müttern gearbeitet wird (Schwerpunkt 1), die HSK-Lehrkräfte in ihren – auch - integrativen Aufgaben stärken (Schwerpunkt 2) oder durch die Jugendliche aktiv an ihrer Alltagsumgebung mitgestalten (Schwerpunkt 3). Hier sind die Kantone gefordert, durch eine Entwicklung der Angebote den bestehenden Ungleichheiten in der Schweiz entgegenzuwirken. Dies kann nicht Aufgabe der EKA sein.
- Abgelehnt wurden zumindest in diesem Jahr auch die Gesuche zur Mitfinanzierung von Medienprodukten, die von AusländerInnen getragen werden oder die sich ausdrücklich an diese wenden. Die EKA fand noch keine objektiven und nachvollziehbaren Kriterien, nach denen ein Produkt unterstützt werden kann und ein anderes eben nicht. Sie weist aber darauf hin, dass sie sich die Mitfinanzierung ausgewählter Sonderproduktionen im Themenbereich Integration durchaus vorstellen kann.

- Projektgesuche im Bereich der Kultur wurden nur selten und nur dann durch die EKA zur Mitfinanzierung empfohlen, wenn damit Aktivitäten verbunden waren, die im Rahmen der Prioritätenordnung stehen. Die Darstellung ausländischer Kultur beispielsweise ist noch keine Integrationsförderung im durch den Bund beabsichtigten Sinne.

Grundsätzlich stellte sich für die EKA auch die Frage, inwieweit die Ausrichtungen öffentlicher Dienste auf Migrantinnen und Migranten durch den Bund zu fördern sei. Es gab auch in diesem Bereich interessante Projekte. Die EKA ist indes einstweilen der Auffassung, dass es zum Grundauftrag öffentlicher Dienste gehört, angemessene Angebote für die Bevölkerung zu entwickeln. Wenn sich deren Zusammensetzung ändert (mehr Ausländer, andere Ausländer) gehört es zur Aufgabe dieser Dienste, diesen Änderungen Rechnung zu tragen. Der Bund kann diese vermutlich nur in Ausnahmefällen, beispielsweise im Rahmen eines Pilotprojektes, unterstützen, welches über den lokalen Rahmen hinaus Wirkung hat.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung wurden durch den Kommissionsausschuss auch andere Kriterien diskutiert und Entscheidungshilfen entwickelt. So vertritt die Kommission beispielsweise die Ansicht, dass sich die Kosten pro Lektion eines Kurses in einem gewissen Rahmen bewegen sollten.

Eine weitere Anforderung stellte die Koordination der Entscheide mit andern Institutionen. Einzelne Projekte machten beispielsweise Absprachen mit dem Bundesamt für Gesundheit BAG, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH, dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT oder der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK nötig. Diese Kontakte wurden aufgebaut, wo sie noch nicht bestanden. Sie ermöglichten pragmatische Entscheide in Fragen der Zuständigkeit oder der Kofinanzierung.

6. Die Vergabe der Mittel

Der Kommissionsausschuss bewertete in seinen Diskussionen ein Projektgesuch nach dem anderen. Er musste dabei neben den inhaltlichen Kriterien auch die Aufteilung in die einzelnen Schwerpunkte, die regionale Verteilung und die absolute Grösse des zur Verfügung stehenden Kredites berücksichtigen. Im Wissen um das Auftreten gewisser zeitlicher Verzögerungen beim Start der Projekte und Leistungsaufträge setzte er sich selbst das Ziel (Plangrösse), innerhalb der ersten drei Schwerpunkte je etwa 2 Millionen Franken und für den vierten Schwerpunkt (inkl. der "anderen" Projekte) ebenfalls ca. 2 Millionen Franken einzusetzen. Dazu wurden maximal 2.5 Millionen Franken für die regionalen Leistungsverträge sowie 0.5 Millionen für den 6. Schwerpunkt "reserviert".

Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden 7.8 Millionen Franken durch das BFA gesprochen. Weitere 1.8 Millionen sind vorgesehen (reserviert) für Projekte und Leistungsverträge, die noch nicht definitiv abgeschlossen werden konnten, deren Realisierung aber wahrscheinlich ist. Insgesamt rechnet die EKA also mit einem Total von bewilligten 9.6 Millionen Franken für das Jahr 2001, was aufgrund verschiedener administrativer Gegebenheiten (Nichtausnutzung der gesprochenen Kostendächer, Schlusszahlungen erst im Frühling 2002, Vorauszahlungen für die direkte Fortsetzung genehmigter Projekte) zu effektiven Ausgaben von ca. 9 Millionen Franken führen wird. Diese Grösse wird von der Kommission als sehr sinnvoll erachtet, denn aufgrund des oft verspäteten Projektbeginns wird alleine die Weiterführung der aktuellen Projekte Mehrkosten von ca. 30 % verursachen. Zudem geht die Kommission davon aus, dass einige der abgelehnten Projekte nach einer Neuausrichtung akzeptiert werden können und dass auch völlig neue Gesuche eine Chance haben müssen. Eine gewisse finanzielle Vorsicht ist folglich ebenso ein Gebot der Stunde wie politische Bemühungen, die eine Erhöhung des noch offenen Integrationskredites 2002 anstreben. Der Bedarf ist gegeben.

Wie aus der beiliegenden Tabelle 1 ersichtlich ist, entfallen von den bisher gesprochenen 7.8 Millionen Franken etwas über 6 Millionen Franken auf Projekte aus den Schwerpunkten eins

bis vier, "erst" 1.1 Millionen Franken für die regionalen Leistungsverträge und 0.5 Millionen Franken auf administrative Kosten. Dieser Beitrag - eine vom Bundesrat genehmigte Umwandlung des Sachkredites in einen Personalkredit - wurde nötig, da innerhalb der Bundesverwaltung die für die Verarbeitung der Projektgesuche nötigen Stellen nicht zusätzlich bewilligt werden konnten.

7. Über 200 Projekte werden realisiert

Von den im Rahmen der ersten vier Schwerpunkte angemeldeten 432 Projektgesuchen sind 36 Projekte nicht eingereicht worden. Weitere 11 Projekte sind zur Zeit noch in Bearbeitung oder wurden zurückgestellt. So stehen die Verhandlungen über das Projekt des nationalen Forums für die Integration von MigrantInnen FIM kurz vor Abschluss; noch hängig sind beispielsweise Gesuche, die eigentliche Ausbildungslehrgänge für KulturvermittlerInnen vorsehen. Abschliessend durch die Kommission behandelt wurden bisher 385 Projektgesuche. Davon wurden 180 abgelehnt, vorwiegend aus den unter Punkt 5 beschriebenen Gründen. Mit – teilweise allerdings stark reduzierten – Beiträgen können 205 Projekte rechnen. 53 Prozent der eingereichten Projekte werden demnach durch den Bund finanziell unterstützt!

Etwas über 6 Millionen Franken für etwas über 200 Projekte ergeben einen Durchschnittsbeitrag (resp. ein durchschnittliches Kostendach) pro genehmigtes Projekt von ca. 30'000 Franken. Diese Zahlen widerspiegeln eine von der EKA gewählte Strategie. Vor die Alternative gestellt, mit den vorhandenen Mitteln einige wenige grosse Projekte zu unterstützen oder eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Vorhaben den Vorzug zu geben, entschied sie sich für Letzteres. Es hätte gute Gründe für beide Optionen gegeben. Sie entschied sich für eine grössere Zahl kleiner und mittlerer Projekte, weil das Integrationsförderungsprogramm des Bundes in erste Linie ein Impulsprogramm sein muss, wenn es Wirkung erzielen will. Vom Einbezug möglichst vieler Trägerschaften soll eine Breitenwirkung ausgehen. Es geht auch um Motivation, um die Anerkennung bisheriger Leistungen, um die Mobilisierung von Kräften, die sich für die Integration engagieren. Gerade in den kleineren und mittleren Projekten wird ein hohes Mass an freiwilligem Einsatz geleistet, von dem die Integrationsarbeit insgesamt lebt und den es zu erhalten und verstärken gilt.

Bei den Sprach-/Integrationskursen wurden für 68 Projekte durchschnittlich rund 25'000 Franken gesprochen. Für die Fortbildung von Schlüsselpersonen werden 47 Projekte mit durchschnittlich 28'000 Franken und für die Förderung der Partizipation 58 Projekte mit durchschnittlich 27'000 Franken unterstützt. Demgegenüber sind die 32 "anderen" Projekte (inkl. des vierten Schwerpunktes) mit Bundesbeiträgen von durchschnittlich 45'000 Franken etwas teurer. Der kleinste durch das BFA auf Antrag der Kommission bisher gesprochene Beitrag beträgt 1'000 Franken, der grösste 200'000 Franken.

Betrachtet man die Trägerschaften der vorgesehenen Projekte, fällt auf, dass die Ausländerorganisationen sowie die von AusländerInnen getragenen Institutionen mit über 30 Prozent die grösste Gruppe ausmachen. Mit ca. 22 Prozent folgen Vereine, Stiftungen und Organisationen, die vorwiegend von SchweizerInnen getragen werden, die sich aber meist durch ein langjähriges Engagement in der Arbeit für und mit AusländerInnen auszeichnen. Gemeinden, Städte und Kantone bilden die Trägerschaften für etwa 20 Prozent der Projekte, danach folgen die Gruppe der Hilfswerke und Gewerkschaften mit rund 12 Prozent, die Gruppe der Firmen und Privaten mit etwa 10 Prozent sowie die Ausländerdienste mit 5 Prozent. Die Kommission freut sich darüber, dass diese Verteilung, die im Rahmen der Einzelprüfungen nur beschränkt beeinflusst werden konnte, in etwa gemäss ihren Zielabsichten ausgefallen ist.

Auch die regionale Aufteilung ist zufriedenstellend ausgefallen (vgl. Tabelle 2 in der Beilage). Die Kantone, die leicht überdurchschnittlich profitieren, sind in der Regel solche, die selbst ein grosses Engagement zeigen (z.B. Basel-Stadt). In anderen Kantonen gelang es, eine sich abzeichnende positive Entwicklung mitzutragen. Noch unbefriedigend ist für die Kommission

einzig die Situation in den Kantonen (z.B. in Genf), wo es dieses Jahr noch nicht gelang, die an diesen Orten an sich vorhandenen aktiven Organisationen angemessen am Bundesprogramm zu beteiligen.

Die ebenfalls beigelegte Tabelle 3 listet nach Kantonen geordnet die einzelnen Projekte auf, die voraussichtlich Finanzbeiträge erhalten werden. Die noch bestehenden Vorbehalte betreffen noch offene Fragen oder verlangte Überarbeitungen. Die Tabelle enthält aus analogen Gründen auch noch keine konkreten Zahlen über die gesprochenen Beiträge. Diese werden voraussichtlich im Rahmen des Jahresberichtes 2001 der EKA veröffentlicht. Die nähere Vorstellung von genehmigten Projekten in einer geeigneten Form ist vorgesehen.

8. Leistungsverträge mit Ausländerdiensten

Der fünfte Schwerpunkt der Prioritätenordnung EJPD zielt auf eine institutionelle Stärkung, konkret die Stärkung der in den Regionen tätigen Ausländerdienste. Vorgesehen sind Leistungsverträge mit Institutionen, die zur Hauptsache kommunal finanziert sind und die in der praktischen Integrationsarbeit verankert sind. Dank des Leistungsvertrages mit dem Bund sollen sie ihre Dienstleistungen ausbauen sowie qualitativ verbessern können und dadurch unter anderem in die Lage versetzt werden, aktiv und eng mit der EKA zusammenzuarbeiten: bei der Entwicklung von Qualitätsstandards, bei der Beratung und Begleitung von Ausländerorganisationen, beim Fühlen des Pulses des konkreten Alltages. Denn bei allen integrationspolitischen Aktivitäten auf nationaler Ebene gilt es stets, sich an dem zu orientieren, was die betroffenen Menschen – SchweizerInnen und AusländerInnen – bewegt und beschäftigt.

Die EKA hat im Dezember 2000 alle Kantonsregierungen angeschrieben und darauf aufmerksam gemacht, dass wir in jeder Region eine Partnerinstitutionen suchen. Parallel dazu nahm die EKA mit den bekannten Ausländerdiensten Kontakt auf. Inzwischen sind die Vorbereitungen für Leistungsverträge mit rund einem Dutzend solcher Dienste abgeschlossen, mit denen die EKA eine längerfristige Kooperation eingehen will. Die entsprechenden Gelder sind durch das BFA bewilligt. Die Verträge werden demnächst unterzeichnet; sie sind danach von den kommunalen oder kantonalen Behörden zu genehmigen. Die EKA betrachtet diese Genehmigung als eine Erfolgsvoraussetzung und wartet deshalb auch mit dem Vertragsabschluss in Regionen zu, wo kantonsintern die Kompetenzen nicht genügend geklärt sind und/oder wo noch keine verlässlichen, operativen Partner identifiziert werden konnten. Momentan ist die EKA noch mit einigen zusätzlichen Ausländerdiensten in Verhandlungen und für das nächste Jahr werden weitere folgen.

Die Erarbeitung der Leistungsverträge war für die EKA lehrreich. Sie erfuhr, wie unterschiedlich die strukturellen Bedingungen in den verschiedenen Kantonen sind. Eine Einheitslösung konnte deshalb nicht das Ziel sein. Die Erarbeitung optimaler Lösungen wurde denn auch den einzelnen Regionen überlassen. Inhaltlich aber wurde ein Standardvertrag erarbeitet. Dieser orientiert sich wesentlich an der Beschreibung im Schwerpunktprogramm und ist relativ offen formuliert. Denn aufgrund der sehr unterschiedlichen Voraussetzungen der einzelnen Ausländerdienste und aufgrund der noch fehlenden anerkannten Qualitätskriterien erschien eine Operationalisierung der Ziele – und damit die konkrete Überprüfbarkeit – als verfrüht und noch nicht zweckmässig. Auch hier stehen wir am Beginn eines Prozesses, den die EKA im Laufe der nächsten zwei Jahre vorantreiben wird.

Von einzelnen Städten und Kantonen erhielt die EKA auch Gesuche zur Finanzierung oder Mitfinanzierung bestehender oder neu geschaffener Stellen von "Delegierten" oder "Integrationsbeauftragten". Diese Gesuche wurden abgelehnt. Die EKA erachtet es als Aufgabe einer modernen Verwaltung, sich die nötigen institutionellen Instrumente zur Förderung der Ausländerintegration zu geben. In den Sechziger und Siebziger Jahren waren dies die Koordinationstellen für Ausländer. Die Finanzierung dieser institutionellen Infrastruktur ist aus Sicht der EKA Sache der Kantone. Die EKA begrüsst indessen ausdrücklich die aktuelle

Entwicklung, die den von Ausländerthemen betroffenen Aspekten mehr politisches Gewicht gibt und institutionelle Neuerungen nach sich zieht. Sie erachtet diese Stellen ebenso als ihre Partner wie die operativen Ausländerdienste und ist bestrebt, in naher Zukunft geeignete Gefässe für eine konstruktive Zusammenarbeit auf nationaler Ebene aufzubauen. Die zu entwickelnde Zusammenarbeit könnte mittelfristig auch eine Aufgabenteilung bei der Beurteilung der Projekte nach sich ziehen, welche im Rahmen des Integrationsförderungsprogrammes des Bundes unterstützt werden sollen.

9. Das weitere Vorgehen

In den nächsten Wochen gilt es, die Vergabe der Mittel zur Integrationsförderung 2001 materiell und formell abzuschliessen. Es gibt diesbezüglich noch einiges an Arbeit: die Überprüfung der verlangten Überarbeitungen, den Versand der Verfügungen resp. der formalen Entscheide, die Auszahlung der gesprochenen Beiträge, etc. Der EKA ist es aber wichtig, auch gemeinsam mit Trägerschaften der eingereichten Projekte zurückzuschauen und die erarbeitete Bewilligungspraxis zu erläutern. Wir alle sind in einem Lernprozess, den wir nutzen wollen. Sowohl die Verantwortlichen der genehmigten als auch diejenigen der abgelehnten Projekte werden deshalb zu einer Veranstaltung mit Erfahrungsaustausch eingeladen. Diese wird am Nachmittag des 23. August 2001 in Bern stattfinden.

Die weitere Begleitung der genehmigten Projekte gehört zu den weiteren Aufgaben der EKA. Dabei wird „Begleitung“ umfassend verstanden. Sie umfasst nicht nur die inhaltliche und finanzielle Kontrolle im Rahmen eines Controllings, sondern auch das Interesse an der praktischen Arbeit und einer persönlichen Kontaktaufnahme. Wesentliche Teile dieser Aufgaben werden durch das Sekretariat der EKA übernommen werden. Doch auch allen Mitgliedern der EKA ist es ein Anliegen, diesbezüglich aktiv mitzuwirken. Sie werden individuelle "Patenschaften" für Projekte übernehmen und sich durch persönliche Besuche einen Einblick verschaffen. So wird die Begleitung nicht nur zu einem technokratischen Akt, sondern zu einem integrationspolitischen Lernprozess für alle Beteiligten.

Der Blick nach vorn gilt zudem der Ausschreibung für die Vergabe der Mittel des Jahres 2002. Sie wird diesmal früher erfolgen können, weil die Grundlagen (Verordnung und Prioritätenordnung) bereits vorliegen. Dies wird es ermöglichen, die Entscheide über die einzelnen Gesuche bereits in den ersten Monaten des nächsten Jahres zu fällen. Da die Prioritätenordnung EJPD bis in das Jahr 2003 gültig ist, werden sich die Schwerpunkte der Integrationsförderung nicht verändern. Und auch die Richtlinien zur Gesuchseingabe werden nur in wenigen Punkten angepasst werden – eventuell sogar nur in Bezug auf die Termine: Eingabeschluss wird voraussichtlich der 31. Oktober 2001 sein. Eine vereinfachte Gesuchseingabe für die Fortführung längerfristig angelegter und dieses Jahr bewilligter Projekte wird möglich sein.

Bei der Einreichung von Gesuchen ist zu beachten, dass die in diesem Bericht beschriebenen Leitentscheide auch für das nächste Jahr Gültigkeit haben werden. Und wie bereits erwähnt, erhofft sich die EKA eine Verbesserung der formalen Qualität der Projekteingaben. Sie versucht denn auch, entsprechende Hilfen anzubieten. Einerseits dienen dazu regionale Informationsveranstaltungen, welche in der Regel durch lokale Institutionen organisiert werden. Andererseits wird direkte Beratung angeboten, welche im Wesentlichen durch die Ausländerdienste im Rahmen ihres Leistungsvertrages übernommen wird.

10. Schlussbetrachtung

Der Start der Integrationsförderung ist geglückt und darf als erfolgreich bewertet werden. Hunderte von Akteuren auf den verschiedensten Ebenen haben in den letzten Monaten sehr viel Arbeit geleistet und es gibt sehr ermutigende Zeichen, dass durch die neuen Finanzmittel des Bundes wesentliche Beiträge zur Verbesserung der Integration der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz geleistet werden können. Allerdings ist festzuhalten, dass viele Projekte erst in den kommenden Monaten realisiert werden.

Zeichen werden nicht nur gesetzt durch die rund 200 Projekte, die nun dank des neuen Förderprogrammes in allen Landesteilen realisiert werden können. Besonders hoffnungsfroh stimmen auch die durch das Programm ausgelösten Entwicklungen, die die EKA im Laufe ihrer Arbeit beobachten konnte. Auf Bundesebene werden einige aktuelle Diskussionen vernetzt und neu angeregt. Die Förderung der beruflichen Integration von Ausländerinnen und Ausländern wurde in ihrer Bedeutung besser erkannt. Die EKA wird hierzu demnächst einen Bericht veröffentlichen, der diese Erkenntnisse verdeutlicht und politische Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. In vielen Regionen erhält die Integrationsarbeit heute mehr politisches Gewicht. In nicht wenigen Städten und Kantonen werden neue, zusätzliche Finanzmittel freigesetzt. Und an unzähligen Orten gehen SchweizerInnen und AusländerInnen neu motiviert aufeinander zu und bemühen sich um das gemeinsame Gestalten der gemeinsamen Gegenwart und der gemeinsamen Zukunft.

Letzteres ist der EKA äusserst wichtig, denn in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre ging allzuoft die Tatsache vergessen, dass die Schweizer Gesellschaft ein elementares Interesse an aktiven und gut integrierten AusländerInnen hat. Denn sie sind Teil unserer Bevölkerung. Und die sehr grosse Mehrheit von ihnen wird auch in vielen Jahren noch in der Schweiz sein. Sie sind oft schon seit Jahren aufenthaltsberechtigt. Die Frage, die sich stellt, lautet nicht, ob wir sie integrieren wollen, sondern wie erfolgreich wir gemeinsam diese Integration bewerkstelligen. Ausländer und Schweizer sind dabei gleichermaßen gefordert.

Die EKA freut sich darüber, dass es durch den Integrationsartikel, die entsprechende Verordnung und den durch das Parlament gesprochenen Kredit gelungen ist, viele bisherige Bemühungen zu unterstützen und viele neue Aktivitäten zu ermöglichen. Sie weiss aber auch, dass in der praktischen Umsetzung sicher auch Fehler gemacht werden und Ungerechtigkeiten geschaffen wurden. Nicht jedes der 200 bewilligten Projekte wird erfolgreich sein. Es wird auch Misserfolge geben. Nur wer nichts tut, macht keine Fehler. Die EKA ist sich auch bewusst, dass sehr viele wichtige Bedürfnisse nicht abgedeckt werden konnten. Manches Projekt, das Unterstützung verdient hätte, konnte nicht berücksichtigt werden. Die Kommission bemühte sich auch bei dieser erstmaligen Vergabe der Mittel möglichst kohärent und gerecht zu entscheiden. Zu behaupten, dass ihr dies immer gelungen ist, wäre vermessen. Alles in allem ist sie aber überzeugt, dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel im Rahmen des Möglichen gut investiert wurden. Zur Fortführung und zur Entwicklung der eingeleiteten Aktivitäten sind wir auf eine gewisse Erhöhung des Kredites für die nächsten Jahre angewiesen. Der Bundesrat und das Parlament haben nach der Abstimmung über die 18 Prozent Initiative die Bedeutung der Integration betont und eine Verstärkung der Bemühungen in Aussicht gestellt. Integrationsarbeit ist langfristige Arbeit. Es braucht deshalb einen langen Atem.

Was bleibt ist der Dank. Er gilt dem Bundesrat, dem EJPD und dem Parlament, die die Rahmenbedingungen ermöglicht haben. Er gilt dem Bundesamt für Ausländerfragen, mit dem die EKA eine sehr offene, konstruktive und effiziente Zusammenarbeit erfahren durfte. Er gilt den Mitgliedern des Ausschusses, die während einer äusserst arbeitsintensiven Kommissionsarbeit zwischen Grundsatzdiskussionen und Einzelentscheiden nach guten und pragmatischen Lösungen suchten. Er gilt dem Sekretariat der EKA, das trotz einem massiven personellen Unterbestand seine bisherige Arbeit weiterführen sowie die Koordination und technische Abwicklung der Integrationsförderung gewähren konnte. Er gilt allen Perso-

nen, die viel Zeit und Ideen in die Erarbeitung eines Projektgesuches investiert haben. Und er gilt allen SchweizerInnen und AusländerInnen, die sich für die Integration der AusländerInnen in der Schweiz engagieren.

Beilagen:

Tabelle 1: Zusammenstellung der vergebenen Mittel nach Schwerpunkten

Tabelle 2: Zusammenstellung der vergebenen Mittel nach Kantonen

Tabelle 3: Auflistung der genehmigten Projekte nach Kantonen

Weitere Auskünfte:

Sekretariat EKA, Quellenweg 9, 3003 Bern,
031 325 91 16 - eka-cfe@bfa.admin.ch

Koordinator Integrationsförderung: Christof Meier



Eidgenössische Ausländerkommission (EKA)
Commission fédérale des étrangers (CFE)
Commissione federale degli stranieri (CFS)
Cumissiuun federala dals esters (CFE)

PROGRAMME DE LA CONFEDERATION VISANT A PROMOUVOIR L'INTEGRATION DES ETRANGERS

RAPPORT CONCERNANT L'ATTRIBUTION DES SUBVENTIONS 2001

Walter Schmid, Vice-président de la CFE
Christof Meier, coordinateur de la promotion de l'intégration au Secrétariat de la CFE

Embargo: 9 juillet 2001, 09h00

1. Introduction

L'intégration des étrangers en Suisse est une tâche qui concerne non seulement la société en général mais aussi l'Etat à tous les échelons. Elle ne peut être ordonnée par le biais de mesures étatiques, mais elle peut être encouragée. En vertu de l'article 25a sur l'intégration de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers, la Confédération est habilitée, pour la première fois, à allouer des subventions en vue de la réalisation de propres programmes de promotion de l'intégration. La promotion de l'intégration est ainsi considérée comme complément aux prestations des communes, des cantons et des tiers. Elle vient aussi s'ajouter aux programmes d'intégration ordinaires, à l'instar des mesures d'intégration sur le marché du travail ou des programmes de formation professionnelle destinés à la population en général. Les modalités de conception des programmes d'intégration et d'attribution des subventions sont régies par l'ordonnance du 13 septembre 2000 sur l'intégration des étrangers (OIE), laquelle prévoit de confier à l'Office fédéral des étrangers (OFE) ou, s'agissant de montants supérieurs à 300'000 francs, au Département fédéral de justice et police (DFJP) les décisions en matière de subventions. La Commission fédérale des étrangers (CFE) examine les demandes déposées et les transmet pour décision à l'OFE, assorties d'un avis.

En décembre 2000, Le Parlement a approuvé un crédit de 10 millions de francs pour l'année 2001. C'est la première fois qu'il a libéré un montant en vue de la promotion de l'intégration conformément à la nouvelle base légale, et ce après des années de débats. Les attentes relatives au nouveau programme de promotion de l'intégration étaient grandes, tout comme le scepticisme des opposants. Il faut en outre relever que le temps disponible l'automne dernier pour transposer le programme était extrêmement court. De la part de la CFE, il était exclu de reporter les délais pour des raisons administratives. Les autorités fédérales y étaient d'ailleurs aussi opposées. Par conséquent, la CFE et son secrétariat, qui constitue désormais également la Section Intégration de l'OFE, ont décidé de relever le défi que représente cette exigeante tâche.

La CFE a joué un rôle clé lors de la transposition de la promotion de l'intégration. D'abord, elle a exercé une influence déterminante sur la conception du programme de promotion de l'intégration, ensuite, son secrétariat a assuré les aspects administratifs liés à l'examen des demandes et enfin, ses recommandations relatives aux différentes demandes ont eu des incidences directes sur la transposition pratique du programme de promotion. C'est la raison

pour laquelle la CFE tient aujourd'hui à informer le Conseil fédéral, les représentants des Chambres fédérales, les autorités, les cantons, les responsables de projets et la population juste après avoir accordé les contributions financières pour l'année 2001. Ce rapport montre non seulement les méthodes de travail de la CFE mais aussi le type de projets déposés, les critères d'évaluation, les montants attribués jusqu'ici, le nombre de projets bénéficiaires ainsi que les perspectives pour les années à venir.

2. Soumissions centrées sur les points forts du projet

L'ordonnance du Conseil fédéral sur l'intégration fait état des domaines auxquels des subventions peuvent être accordées. La diversité des tâches est tellement grande qu'il s'est avéré nécessaire de se concentrer sur certains points forts, d'autant qu'il fallait évacuer le risque de se disperser et de menacer ainsi l'efficacité du programme. Ladite ordonnance prévoit expressément un ordre de priorité, dont il a d'ailleurs été tenu compte. Sur la base du rapport sur l'intégration présenté au printemps 2000 et en collaboration avec les Services d'aide aux étrangers et les préposés cantonaux à l'intégration, la CFE a préparé l'année dernière un programme contenant les points forts de l'intégration, lequel a été édicté par le DFJP 10 jours seulement après l'entrée en vigueur, le 1^{er} octobre 2000, de l'ordonnance du Conseil fédéral. Immédiatement après, les bases en vue de l'élaboration de la première soumission étaient disponibles.

L'ordre de priorité du DFJP a été promulgué pour trois ans, soit pour les années 2001 à 2003. Ce laps de temps permet de mettre l'accent sur certains points et de prendre du recul par rapport aux mesures efficaces à court terme. L'élaboration minutieuse des projets et la transposition compétente requièrent dans la plupart des cas un certain temps, au profit de l'efficacité. L'ordre de priorité prévoit six points forts: premièrement, la mise en place de cours de langues et d'intégration, dès lors que les compétences linguistiques et la capacité de s'exprimer favorisent dans une large mesure l'intégration dans la société. Deuxièmement, la promotion de la formation et du perfectionnement de personnes clé; l'intervention de ces dernières revêt une importance accrue dans le travail d'intégration. Il y a lieu de les soutenir dans leur fonction de médiatrices et dans l'exercice de leur travail quotidien. Troisièmement, le soutien de projets centrés sur la participation des étrangers à la vie publique et sociale en Suisse (amélioration de la participation). Le quatrième point fort doit permettre la réalisation de mandats spéciaux et de projets d'envergure nationale, centrés sur des sujets d'intérêt suisse. Le cinquième point vise à encourager l'institution ou le développement de Services d'aide aux étrangers régionaux, en leur confiant des mandats de prestation. Enfin, le sixième point concerne l'élaboration de standards de qualité et d'instruments de contrôle destinés au travail d'intégration.

La soumission aux fins de l'allocation de subventions a eu lieu le 1^{er} novembre 2000, par le biais de l'envoi et de la publication des instructions relatives aux propositions de projet de l'OFE. Ces instructions réglementaient non seulement les délais et autres démarches administratives mais aussi les grands principes à appliquer lors de l'attribution de subventions. Il s'agit notamment du soutien, dans le cadre du nouveau programme, d'activités nouvelles ou élargies. En tout état de cause, il fallait absolument éviter que le modeste crédit fédéral ne vienne remplacer dans la pratique les prestations publiques fournies jusqu'ici. Parallèlement aux instructions, une grille détaillée de présentation d'un projet a été élaborée, dont le but était de donner des indications aux responsables de projets non expérimentés sur les principales questions relatives à l'examen d'un projet.

La documentation concernant le dépôt d'une demande a été distribuée aux destinataires connus, publiée sur l'internet et présentée à la population à l'occasion de la journée nationale du 23 novembre 2000. Vu le grand nombre et la diversité des projets envoyés à la CFE, on peut constater aujourd'hui qu'il a été possible, dans un bref laps de temps, de concevoir une soumission acceptable et de la communiquer aux principaux milieux. Certes, les responsa-

bles de la CFE ont constaté des lacunes, qu'ils s'efforceront de combler la prochaine fois, en utilisant des moyens de communication mieux adaptés.

3. Demandes de projet nombreuses et diversifiées

Afin d'assurer un examen rapide des demandes mais aussi d'accorder suffisamment de temps aux responsables pour l'élaboration des projets, deux délais de dépôt des demandes ont été fixés: le premier le 15 décembre 2000 et le second le 31 mars 2001. Pour permettre à la CFE d'avoir assez tôt une vue d'ensemble sur les demandes prévues, les responsables des projets planifiés selon le second délai devaient annoncer leur projet à la mi-janvier 2001. Les 430 demandes enregistrées ou annoncées ont rapidement permis de se rendre compte que les attentes étaient largement dépassées et que la CFE était contrainte de procéder à une sélection extrêmement stricte dès lors que le montant total des subventions revendiquées s'élevait à quelque 36 millions de francs. Dans ces conditions, il était inévitable, eu égard aux 10 millions de francs disponibles pour l'année 2001, d'écarter de nombreux projets dignes d'intérêt.

Les demandes de projet étaient réparties à égalité sur les deux délais de dépôt; les responsables provenaient des milieux les plus divers: organisations d'étrangers, œuvres d'entraide, syndicats, communes, cantons, associations ou fondations engagées depuis des années dans les activités en faveur des étrangers. Par ailleurs, la répartition régionale des demandes est satisfaisante; il convient de relever toutefois une concentration prévisible dans les agglomérations de Suisse alémanique et quelques lacunes inattendues dans certains cantons. Il importe de les combler l'année prochaine par une diffusion d'informations pertinentes dans ces régions.

La qualité des projets déposés n'était pas toujours satisfaisante, surtout sur le plan formel. Néanmoins, les demandes lacunaires sur ce plan (élaborées par des professionnels, des organisations honoraires, des communes, des œuvres d'entraide, des organisations d'étrangers) ont été examinées. Le programme de promotion de l'intégration en est à ses débuts. Nous sommes engagés dans un processus qui offre la possibilité à toutes les parties impliquées d'apprendre. Les projets insuffisants d'un point de vue formel n'étaient pas tous inacceptables d'un point de vue matériel. Il est indispensable de dispenser des conseils spécifiques aux responsables de projet en collaboration avec les Services d'aide aux étrangers régionaux. La CFE estime que la qualité moyenne des projets s'améliorera considérablement ces deux prochaines années pour atteindre un niveau déjà atteint cette année lors de l'examen d'une grande partie des projets.

Quant à leur contenu, les projets étaient extrêmement variés. Ils étaient centrés sur presque tous les domaines mentionnés dans l'ordonnance sur l'intégration; ils n'étaient donc pas uniquement consacrés aux points forts évoqués dans le programme du DFJP, ce qui n'était pas surprenant. Car, le programme des points forts devait servir de ligne directrice et non de mesure d'interdiction quant à la réalisation d'autres projets. Par ailleurs, les subventions fédérales allouées pour la première fois en vue de la promotion de l'intégration des étrangers a poussé tous ceux qui réfléchissent depuis des années à des projets de saisir enfin cette chance de les réaliser. Si les conditions financières (la relation entre les moyens requis et le crédit approuvé par le Parlement) avaient été plus favorables, la CFE aurait certainement pu recommander le cofinancement de projets de qualité portant sur des points ne figurant pas dans l'ordre de priorité.

4. De l'examen des demandes à la décision

La CFE, nouvellement constituée au début de l'année 2001 et nommée par le Conseil fédéral, a décidé dans sa première séance d'instituer un comité chargé des tâches de promotion de l'intégration (décisions relatives aux recommandations à l'attention de l'OFE). Ce comité est constitué, outre de Walther Schmid, vice-président de la CFE et président du comité, de

Giyle Krasniqi, Gianni Moresi, Mariano Pacheco, Anna R  deberg, Bernardino Sanchez Perez et Denis Torche. Le comité s'est réuni dix fois, durant des séances d'une journée chacune; sa composition était chaque fois différente. Il a pu se former une opinion sur toutes les demandes de projet.

Lors de l'examen des demandes, le comité s'est fondé sur les travaux préalables des membres du Secrétariat de la CFE. Un dossier a été constitué pour chaque projet. Y étaient présentés un résumé ainsi qu'une appréciation du contenu, de la qualité et des aspects financiers. Lors de l'évaluation, le poids a été mis sur les critères suivants: compétences spécifiques, évolution de la pratique afin d'assurer une égalité de traitement des demandes, expertises établies par des personnes externes. Des experts indépendants ont en effet reçu le mandat d'analyser – essentiellement sous l'angle technique - tous les projets enregistrés lors du premier délai et la majorité de ceux qui ont été déposés selon le second délai. Il incombait ensuite au comité d'examiner l'adéquation des demandes avec l'ordre de priorité ou avec des facteurs tels que la répartition régionale, et d'insérer ses remarques dans les recommandations. Aux yeux de la CFE, le recours à des experts extérieurs, dont le mandat et la responsabilité étaient clairement délimités, s'est révélé concluant. Cette formule préserve d'un certain aveuglement et d'éventuels préjugés. Il convient de la maintenir dans le futur.

Le comité a établi en principe trois types de recommandations. D'abord, le rejet de la demande ou la proposition de la remanier pour l'année prochaine. Ces demandes n'ont pas été transmises à l'OFE pour décision. Le secrétariat a communiqué au responsable concerné la recommandation de la CFE de rejeter sa demande tout en signalant la possibilité qui lui était offerte de demander une décision formelle, susceptible de recours, à l'OFE. Ensuite, l'approbation globale du projet ou l'attribution d'une subvention réduite. Le secrétariat a transmis ces recommandations positives à l'OFE. Enfin, dans de nombreux cas, la CFE a accordé une couverture provisoire des frais et a promis au responsable une contribution financière, à condition toutefois que certaines précisions, que la commission estimait nécessaires, soient apportées ou que certaines parties du projet soient remaniées. Le secrétariat a été chargé de formuler cette dernière catégorie de recommandations. Les dossiers relatifs aux projets qui avaient fait l'objet d'une recommandation ont été transmis à l'OFE aux fins d'un examen par le directeur de l'OFE. Jusqu'ici, l'OFE a suivi dans tous les cas les recommandations de la CFE, avec parfois quelques commentaires complémentaires.

Malgré l'immense volume de travail, il a été possible de rendre une décision pour la majorité des projets dans les délais fixés (fin mars 2001 pour les premiers; fin mai 2001 pour les seconds). Le traitement administratif des nombreuses demandes, l'argumentation individuelle des recommandations de rejet ainsi que le règlement de questions ouvertes dans nombre de projets ont provoqué un retard de deux à quatre semaines des réponses adressées aux responsables de projet.    la demande, ces derniers ont néanmoins obtenu des renseignements oraux sur les décisions rendues. Pour les mêmes raisons, l'élaboration des décisions formelles est également retardée et n'est pas encore achevée.

5. Décisions de principe comme références

Le comité de la CFE, institué en vue de l'examen des demandes, avait pour tâche de définir une pratique de transposition du programme de promotion de l'intégration, sur la base des différentes décisions rendues. En la matière, l'ordonnance et l'ordre de priorité constituaient les principaux repères. Par ailleurs, afin d'assurer une pratique uniforme ainsi que l'égalité de traitement des demandes équivalentes, la nécessité de définir quelques décisions de principe s'est rapidement imposée. On s'est aperçu en outre que le programme de promotion de l'intégration selon la LSEE ne résoudrait pas tous les problèmes. En effet, les mesures relatives au marché du travail, à la formation professionnelle, à l'éducation, à la santé et à la promotion de la culture sont également susceptibles de favoriser l'intégration. Il a été nécessaire, dès le début, de tenir compte d'une délimitation judicieuse de ces domaines. Cette attitude sélective a engendré une série de décisions de principe que nous entendons res-

pecter, du moins cette année. Elles étaient aussi nécessaires car, vu les faibles moyens disponibles, il fallait développer des critères objectifs de décision. Certaines de ces décisions seront présentées dans le présent rapport. Elles resteront probablement une référence pour les prochaines années. Ces décisions comportent les motifs de rejets, notamment la compétence thématique, les conséquences financières imprévisibles, susceptibles de créer un précédent.

- La CFE a recommandé aux autorités fédérales de ne pas allouer de subventions à des centres de rencontres ou de consultation réservés à une ethnie. En effet, la CFE ne peut financer dans chaque région et pour chaque groupe ethnique une infrastructure supportant des frais de personnel. La mise sur pied de tels centres n'est d'ailleurs fréquemment pas judicieuse sous l'angle de l'intégration. En revanche, il y a lieu de soutenir des projets proposés par ces mêmes milieux lorsque des activités concrètes sont susceptibles de favoriser l'intégration. Il est dès lors possible de participer aux frais de réalisation.
- Un grand nombre de projets ont été déposés lesquels proposaient des mesures relatives au marché du travail ou à l'occupation et à la formation professionnelle. La CFE les a généralement rejetés, même si certains étaient très convaincants. Il incombe en effet aux autorités compétentes – notamment au seco et à l'OFFT, à l'échelon fédéral, mais aussi aux cantons et aux communes - d'adopter des mesures concernant le marché du travail et la formation professionnelle. A cet égard, la CFE a un rôle politique à jouer; elle peut aussi signaler la nécessité d'agir, mais pas agir elle-même.
- Pour les mêmes motifs et en raison des éventuels frais consécutifs, les demandes de projet portant sur la préscolarité, la scolarité et le travail avec les jeunes ont été rejetées. En revanche, la CFE a recommandé le cofinancement de projets suivants: programmes destinés aux enfants en âge de préscolarité mais avec les mères (point fort 1); programmes encourageant les enseignants des cours de langue et de culture du pays d'origine (CLC) dans leur travail (aussi) à caractère intégratif (point fort 2); programmes centrés sur la participation active des jeunes dans l'organisation du quotidien (point fort 3). Dans ce contexte, les cantons sont appelés à adopter des mesures afin de contrecarrer les inégalités existant en Suisse. Cela ne saurait être la tâche de la CFE.
- Ont également été rejetées, pour le moins cette année, les demandes de cofinancement de projets relatifs aux médias, à la charge des étrangers ou s'adressant expressément à eux. La CFE n'a pas trouvé de critères objectifs et acceptables pour justifier le soutien d'un objet plutôt que d'un autre. Elle signale toutefois qu'il est envisageable de cofinancer des productions spéciales centrées sur l'intégration et sélectionnées avec rigueur.
- Les demandes de projet relevant de la culture n'ont bénéficié d'une recommandation positive de cofinancement de la part de la CFE que lorsque ces projets comprenaient des activités prévues dans l'ordre de priorité. A titre d'exemple, la présentation de la culture étrangère ne constitue pas un sujet de promotion de l'intégration au sens des dispositions légales de la Confédération.

En général, la CFE s'est posé la question de savoir dans quelle mesure il était opportun d'encourager l'intervention des services publics à l'égard des migrants. Des projets intéressants nous ont aussi été adressés en la matière. La CFE estime cependant qu'il est en principe du ressort des services publics de mettre en œuvre des projets adéquats à l'attention de la population. Si la composition de cette dernière change (davantage d'étrangers, autres catégories d'étrangers), il appartient à ces services de tenir compte de ces modifications. La Confédération ne peut les soutenir qu'exceptionnellement, notamment lors de la réalisation de projets pilotes qui dépassent le cadre local.

Outre les critères relatifs au contenu, le comité de la CFE a également analysé d'autres critères et élaboré des décisions. La CFE considère notamment qu'une limite devrait être fixée quant au coût d'une leçon.

Les responsables de la coordination ont dû relever un autre défi: la coordination des décisions avec les autres institutions. Pour certains projets, il a été indispensable de consulter l'Office fédéral de la santé publique (OFSP), l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés (OSAR), l'Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie (OFFT) ou la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP). Ces contacts – parfois nouveaux – ont permis de prendre des décisions pragmatiques en matière de compétence ou de cofinancement.

6. L'attribution des subventions

Le comité de la CFE a évalué une série de demandes. Outre les critères relatifs au contenu, il a tenu compte de la répartition des points forts selon les régions et l'importance du crédit disponible. Connaissant le retard de certains projets et des mandats de prestation, il s'est fixé pour but (ordre de grandeur), de dédier aux trois premiers points forts quelque deux millions de francs et au point fort quatre (y compris les "autres" projets) également quelque deux millions de francs. Il restait 2.5 millions pour les mandats de prestation régionaux ainsi que 0.5 million pour le sixième point fort.

A ce jour, 7.8 millions de francs ont été attribués par la CFE. 1.8 millions sont réservés aux projets et aux mandats de prestation qui ne sont pas encore achevés, mais dont la réalisation est probable. La CFE a attribué au total 9.6 millions de francs pour l'année 2001, ce qui représente, compte tenu de différents facteurs administratifs, (non-application du plafonnement des coûts, soldes versés seulement au printemps 2002, paiement à l'avance pour permettre la poursuite de projets approuvés) des dépenses effectives s'élevant à quelque 9 millions de francs. La CFE considère que cette estimation est correcte, dès lors que la poursuite des projets actuels occasionne des frais supplémentaires de 30% environ en raison des retards enregistrés au début. Par ailleurs, la CFE part de l'idée que nombre de projets rejetés seront acceptés suite à leur adaptation et que de nouvelles demandes auront une chance d'être approuvées. Par conséquent, il y a lieu de faire preuve de retenue dans l'utilisation des moyens financiers mais aussi de déployer des efforts en vue de l'obtention d'une augmentation du crédit relatif à l'intégration pour l'année 2002. Le besoin existe.

Selon le tableau 1, les subventions accordées jusqu'ici, des 7.8 millions de francs 6 millions ont été attribués à des projets centrés sur les points forts un à quatre, seul 1.1 million a été accordé à des mandats de prestation régionaux et 0.5 million pour les frais administratifs. Cette contribution – approbation du Conseil fédéral de transformer un crédit réservé à des choses en un crédit destiné au personnel – s'est révélée nécessaire car l'administration fédérale ne pouvait autoriser l'engagement du personnel supplémentaire nécessaire pour le traitement des demandes de projet.

7. Réalisation de plus de 200 projets

Des 432 demandes de projet annoncées, 36 ne sont pas parvenues à la CFE. 11 autres projets sont actuellement en voie d'élaboration ou ont été suspendus. Les négociations relatives au projet du Forum national pour l'intégration des migrants FIM sont sur le point de s'achever. Restent notamment pendantes les demandes portant sur la formation des médiateurs culturels. La CFE a traité jusqu'ici 385 demandes de projet, dont 180 ont été rejetées, avant tout pour les motifs évoqués sous le point 5. 205 responsables de projet peuvent compter – parfois de manière très réduite – sur des subventions fédérales. Par conséquent, 53 pour cent des projets déposés bénéficieront d'un soutien financier de la Confédération.

Plus de 6 millions de francs pour quelque 200 projets représentent une contribution moyenne (ou un plafonnement des frais moyen) par projet approuvé de 30'000 francs environ. Ces chiffres reflètent la stratégie adoptée par la CFE. Devant l'alternative de soutenir avec les moyens disponibles quelques grands projets ou de donner la priorité à un grand nombre de petits et moyens projets, elle a opté pour la seconde variante. Pourtant, de bonnes raisons auraient pu être invoquées en faveur des deux variantes. Mais elle a donné la préférence aux moyens et petits projets car le programme de promotion de l'intégration de la Confédération doit servir en premier lieu d'impulsion. La contribution du plus grand nombre de responsables de projet est susceptible d'avoir des retombées multiples. Il s'agit aussi de motivation, de reconnaissance des prestations réalisées jusqu'ici, de la mobilisation de personnes qui se sont déjà engagées dans l'intégration. C'est précisément dans les petits et moyens projets qu'un immense travail de bénévolat est fourni. Il faut maintenir ces activités, voire les renforcer.

En ce qui concerne les cours de langue, 68 projets ont été approuvés et 25'000 francs accordés. Pour la formation de personnes clé, 47 projets ont été approuvés portant sur 28'000 francs en moyenne; pour l'encouragement de la participation, 58 projets ont été approuvés portant sur 27'000 francs en moyenne. Les 32 autres projets (y compris le point fort quatre) ont obtenu des subventions s'élevant à 45'000 francs. Le plus petit montant accordé par l'OFE, à la demande de la CFE, s'élève à 1'000 francs; le plus grand à 200'000 francs.

Si l'on considère les responsables des projets prévus, force est de constater que les organisations d'étrangers ainsi que les institutions étrangères forment le plus grand groupe (30%). Viennent ensuite les associations (22%), les fondations et les organisations, essentiellement suisses, mais qui s'engagent depuis de nombreuses années en faveur des étrangers. Les communes, les villes et les cantons sont à la base de 20 pour cent des projets, les œuvres d'entraide et les syndicats 12 pour cent, les entreprises et les particuliers 10 pour cent et les Services d'aide aux étrangers 5 pour cent. La CFE constate avec satisfaction que la répartition, qui n'a pas été sensiblement influencée lors de l'examen des dossiers individuels, correspond à ses attentes.

La répartition en fonction des régions est également satisfaisante (cf. tableau 2 en annexe). Les cantons qui bénéficient de subventions supérieures à la moyenne sont en général des cantons qui manifestent eux-mêmes un grand engagement (p. ex. Bâle-Ville). Dans les autres cantons, une évolution positive a été observée. La CFE estime que la situation dans certains cantons (p. ex. Genève) est encore insatisfaisante. En effet, aucune contribution appropriée selon le programme de la Confédération n'a été réalisée cette année.

Le tableau 3, également joint au présent rapport, présente les différents projets auxquels une subvention a été accordée selon les cantons. Les réserves concernent les questions ouvertes ou les remaniements exigés. C'est la raison pour laquelle le tableau ne contient pas des chiffres concrets sur les montants alloués. Ces chiffres seront publiés dans le rapport annuel 2001 de la CFE. Il est prévu d'établir, sous une forme adéquate, une présentation plus détaillée des projets approuvés.

8. Mandats de prestations

Le cinquième point de l'ordre de priorité du DFJP porte sur un renforcement institutionnel, soit le renforcement des Services d'aide aux étrangers actifs dans les régions. Il est prévu de conclure des contrats de prestations avec des institutions financées principalement par la commune et actives dans le travail pratique d'intégration. Grâce aux contrats de prestations avec la Confédération, ils pourront non seulement développer leurs prestations mais aussi en améliorer la qualité, ce qui leur permettra de collaborer plus étroitement avec la CFE, s'agissant notamment de la définition de standards de qualité, des conseils dispensés aux organisations d'étrangers et de l'accompagnement de ces dernières et de la perception de l'appréhension des situations de la vie quotidienne. Car, pour toutes les activités liées à la

politique d'intégration à l'échelon national, il convient de saisir ce qui touche et préoccupe les personnes concernées, aussi bien les citoyens suisses que les ressortissants étrangers.

En décembre 2000, la CFE a écrit à tous les gouvernements cantonaux leur signalant que la CFE cherchait une institution partenaire dans chaque région. Parallèlement, la CFE a pris contact avec les Services d'aide aux étrangers. Actuellement, la préparation des contrats de prestations avec une douzaine de services est achevée. Avec ces derniers, la CFE entend engager une coopération à long terme. Les subventions sont autorisées par l'OFE. Les contrats seront signés prochainement; ils seront ensuite soumis aux autorités communales ou cantonales pour approbation. La CFE considère cette approbation comme une condition du succès. C'est pourquoi elle n'est pas disposée à conclure un contrat avec des régions dont les responsables n'ont pas clairement défini les compétences à l'intérieur du canton ou lorsqu'ils n'ont pas trouvé un partenaire suffisamment fiable et efficace. Des négociations sont actuellement en cours entre la CFE et d'autres Services d'aide aux étrangers. D'autres viendront s'y ajouter l'année prochaine.

L'élaboration des contrats de prestations s'est révélée instructive pour la CFE dans la mesure où elle s'est rendu compte des différences structurelles d'un canton à l'autre. Par conséquent, dans l'impossibilité de trouver une solution uniforme, elle a confié l'élaboration de solutions optimales aux différentes régions. La CFE s'est donc bornée à établir un contrat standard comprenant pour l'essentiel la description du programme des points forts. En effet, eu égard aux conditions très différentes constatées dans les Services d'aide aux étrangers et vu l'absence de critères de qualité reconnus, il semblait prématuré et inadéquat de définir les objectifs, afin d'avoir la possibilité de les vérifier concrètement. En la matière, nous sommes aussi au début d'un processus dans lequel la CFE est impliquée durant les deux prochaines années.

Quelques cantons et villes ont adressé à la CFE des demandes de financement ou de cofinancement de postes existants ou nouvellement créés de délégué ou de préposé à l'intégration. Ces demandes ont été rejetées. La CFE estime qu'une administration moderne peut mettre à disposition les instruments institutionnels nécessaires pour promouvoir l'intégration des étrangers. Dans les années soixante et septante, cette tâche était assumée par les services de coordination des étrangers. Il incombe aux cantons d'assurer le financement d'une telle infrastructure. La CFE salue cependant expressément l'évolution actuelle qui consiste à politiser davantage les sujets relatifs aux étrangers, ce qui engendre des innovations institutionnelles. Elle estime que ces services sont des partenaires au même titre que les Services d'aide aux étrangers. Elle s'efforce de trouver un terrain d'entente afin d'instaurer une collaboration fructueuse à l'échelon national. A moyen terme, cette collaboration pourrait aussi impliquer une répartition des tâches lors de l'évaluation des projets subventionnés dans le cadre du programme de promotion de l'intégration de la Confédération.

9. La suite des travaux

Ces prochaines semaines, l'attribution des subventions pour la promotion de l'intégration 2001 devrait toucher à son terme. Il s'agit d'examiner les remaniements requis, d'envoyer les décisions formelles, de verser les subventions approuvées, etc. La CFE estime important de dresser un bilan avec les responsables des projets et de commenter la pratique établie en matière d'autorisations. Dès lors que nous nous trouvons tous dans un processus d'apprentissage, il est important de favoriser l'échange de vues. Dans cette optique, les responsables de tous les projets déposés - approuvés ou annulés - seront invités à participer à une séance d'échange d'expériences, qui se tiendra le 23 août 2001, dans l'après-midi.

Le suivi des projets approuvés constitue l'une des tâches de la CFE. Ce suivi implique non seulement le contrôle du contenu et des finances dans le cadre d'un controlling mais aussi l'intérêt pour le travail sur le terrain ainsi que l'occasion d'avoir des contacts personnels. Ces tâches sont assumées essentiellement par le Secrétariat de la CFE. Néanmoins, les mem-

bres de la CFE souhaitent s'engager dans ces activités. Disposés à accorder un parrainage individuel à certains projets, ils se rendront sur place pour se faire une idée du travail accompli. Ainsi, le suivi n'est pas uniquement un acte technocratique mais un processus d'apprentissage en matière de politique d'intégration pour tous les participants.

Cette attitude prospective s'applique aussi à la soumission relative à l'allocation de subventions pour l'année 2002. Elle paraîtra cette fois plus tôt car les bases (ordonnance et ordre de priorité) existent déjà. Cette situation initiale permettra de rendre les décisions concernant les demandes déposées déjà durant les premiers mois de l'année. Etant donné que l'ordre de priorité du DFJP est applicable jusqu'en 2003, les points forts du programme d'intégration demeurent inchangés. En ce qui concerne les instructions relatives aux propositions de projet, seuls quelques points – ou uniquement les délais – seront adaptés. Selon toute probabilité, le délai de dépôt sera fixé au 31 octobre 2001. Les demandes relatives à la poursuite de projets à long terme, approuvés cette année, pourront être présentées sous une forme simplifiée.

Lors du dépôt des demandes, il importe de veiller à ce que les décisions décrites dans le présent rapport aient toute leur validité l'année prochaine. Et comme mentionné, la CFE espère une amélioration de la qualité formelle des propositions de projet. Elle s'efforce aussi d'offrir une aide, d'une part au travers de séances régionales d'informations, organisées en règle générale par des institutions locales, d'autre part, par le biais de conseils directs, dispensés essentiellement par les Services d'aide aux étrangers. Cette tâche figure dans leur contrat de prestations.

10. Conclusions

Le lancement de la promotion de l'intégration peut être considéré comme une réussite. Des centaines de personnes, à des degrés divers, ont accompli ces derniers mois un immense travail. Les réactions observées sont encourageantes. On peut ainsi affirmer que les subventions fédérales auront contribué de manière déterminante à améliorer l'intégration des étrangers en Suisse. Il faut cependant relever que nombre de projets seront réalisés seulement ces prochains mois.

Les quelque 200 projets – mis sur place dans toutes les régions de notre pays grâce au nouveau programme de promotion – ne sont pas les seules mesures réalisées en vue de promouvoir l'intégration des étrangers. La CFE s'est rendu compte que ce programme avait déclenché une dynamique positive. A l'échelon national, des discussions sur des sujets d'actualité ont été mises en réseau. L'importance de la promotion de l'intégration professionnelle des étrangers a été mieux reconnue. En la matière, la CFE publiera prochainement un rapport qui précisera ces conclusions et mettra en exergue les possibilités d'agir sur un plan politique. Dans plusieurs régions, le travail d'intégration a davantage d'importance politique. Dans plusieurs villes et cantons, des moyens financiers supplémentaires sont libérés. En outre, dans un grand nombre de lieux, les Suisses et les étrangers se rencontrent, mus par une nouvelle motivation de concevoir le quotidien et d'envisager l'avenir ensemble.

Ce dernier point est extrêmement important pour la CFE, car on a trop souvent oublié ces dernières années que la société suisse doit avoir un certain intérêt à ce que les étrangers soient bien intégrés. Ceux-ci font en effet partie de notre population et la plupart d'entre eux séjourneront encore en Suisse ces prochaines années. La question qui se pose dès lors n'est pas de savoir si nous voulons les intégrer mais comment nous réussirons ensemble ce processus. Les Suisses sont sollicités au même titre que les étrangers.

La CFE se réjouit d'avoir réussi, sur la base de l'article sur l'intégration, de l'ordonnance pertinente et du crédit accordé par le Parlement, à soutenir nombre de projets en suspens et beaucoup de nouvelles activités. Elle est toutefois consciente des erreurs commises lors de la transposition pratique et des injustices qui sont apparues en relation avec les mesures

prises. Parmi les 200 projets autorisés, tous ne seront pas couronnés de succès. Les échecs et les erreurs s'inscrivent dans toute activité. La CFE sait aussi que de nombreux besoins signalés n'ont pas reçu de réponse satisfaisante. Des projets qui méritaient un soutien financier n'ont pas été pris en considération. La CFE s'est efforcée de rendre des décisions cohérentes lors de l'octroi de subventions. Sans vouloir prétendre qu'elle a réussi son pari, elle est convaincue que les subventions disponibles ont été bien investies. Cependant, si nous voulons poursuivre et développer les activités lancées, une augmentation du crédit pour l'année prochaine se révèle nécessaire. A l'occasion de la votation sur l'initiative des 18%, le Conseil fédéral et le Parlement ont souligné l'importance de l'intégration et ont fait part de leur volonté d'intensifier les efforts en la matière. L'intégration nécessite un travail à long terme; il requiert donc de la persévérance.

Il reste les remerciements. Au Conseil fédéral, au DFJP et au Parlement qui ont permis la mise en place des conditions générales. A l'OFE avec lequel la CFE a pu faire l'expérience d'une collaboration ouverte, positive et efficace. Aux membres du comité de la CFE qui se sont efforcés, tout au long de leur intense activité, entre discussions de principe et décisions individuelles, de trouver des solutions pragmatiques. Au Secrétariat de la CFE qui, malgré l'effectif extrêmement réduit de son personnel, a pu accomplir correctement son travail, notamment les tâches de coordination et l'aspect technique de la promotion de l'intégration. A toutes les personnes qui ont consacré beaucoup de temps à l'élaboration des demandes de projet. Enfin, à tous les Suisses et à tous les étrangers qui se sont engagés en faveur de l'intégration des étrangers en Suisse.

Annexes:

Tableau 1: Présentation des subventions accordées selon les points forts

Tableau 2: Présentation des subventions accordées selon les cantons

Tableau 3: Liste des projets approuvés selon les cantons

Renseignements supplémentaires:

Secrétariat de la CFE, Quellenweg 9, 3003 Berne,
031 325 91 16 - eka-cfe@bfa.admin.ch

Coordinateur de la promotion de l'intégration: Christof Meier